

Medieninformation vom 08.10.2012

EXPO REAL 2012 – Die Auswirkungen der Energiewende auf Wohnungsneubau und -bestand

- **Die Immobilienwirtschaft im Schraubstock der Energieeinsparverordnungen**
- **Schärfere Anforderungen verhindern energetische Breitenwirkung**

München – „Die Energiewende muss als gesellschaftliche Herausforderung verstanden werden. Die deutsche Immobilienwirtschaft engagiert sich unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsgebotes sowie der Wahrung sozialverträglicher Lösungen bereits stark, ihren Anteil zum Gelingen beizutragen“, erklärte **Walter Rasch**, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) und Präsident des BFW, die Haltung der BID zur Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung.

Am ersten Messetag in München diskutierten die Vertreter der BID-Verbände BFW, GdW und ZIA die in Folge der Energiewende erheblich verschärften energetischen Anforderungen an Immobilien und deren Auswirkungen auf Neubau und Bestand.

Denn um die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen, kommt der Immobilienwirtschaft eine Schlüssel-funktion zu. Etwa 40 % des Endenergieverbrauchs und fast ein Drittel der CO₂-Emissionen in Deutschland entfallen allein auf Wohn- und Nichtwohngebäude.

„Ein Gelingen der Energiewende ist nur in einem klaren rechtlichen Umfeld möglich, das Verlässlichkeit und Planungssicherheit bietet, aber auch wirtschaftlich und sozialverträglich ausgestaltet ist“, sagte **Matthias Böning**, Mitglied des Präsidiums im Zentralen Immobilien Ausschuss. Gemeinsam mit der Politik gilt es, das Einsparpotential im Gebäudebestand für eine effizientere Nutzung von Energie und einen verstärkten Einsatz regenerativer Energien wirtschaftlich vertretbar zu heben und den Verbraucher zu mehr energiesparendem Handeln zu bewegen.

„Um die ambitionierten Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, ist eine angemessene und verlässliche staatliche Förderung – und keine weitere Verschärfung der Energieeinsparverordnung – nötig“, verdeutlichte **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, die Position der Bundesarbeitsgemeinschaft. Einstimmigkeit herrschte in der Gesprächsrunde darüber, dass bereits die Energieeinspar-

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:

Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0) 30 32781 – 110
Fax +49 (0) 30 32781 – 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGf
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss

Seite 2 von 2

verordnung (EnEV) 2009 ein Investitionshemmnis darstellt. Eine weitere Verschärfung der energetischen Anforderungen für Neubau und Bestandsgebäude im Zuge einer Novellierung der EnEV hätte für die Immobilienwirtschaft daher fatale Auswirkungen. Sich ständig ändernde klimarelevante Gesetze und Verordnungen hemmen zudem die Investitionsbereitschaft, da sie Unsicherheit erzeugen.

Zur Umsetzung der sehr ambitionierten Energie- und CO₂-Einsparungsziele von Bundesregierung und EU seien umfangreiche und zumeist kostenintensive Sanierungen des Gebäudebestandes notwendig. Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft ein Zusammenwirken von Eigentümern, Mietern und öffentlicher Hand erforderlich.

Zusätzlich bedarf es, um die für den Gebäudebereich formulierten Klimaschutzziele zu erreichen, eines geeigneten Instrumentenmixes aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, steuerlichen Anreizen, Anpassungen im Mietrecht und der längerfristigen Bereitstellung angemessener Fördermittel. Grundsätzlich sollte das Augenmerk stärker auf eine Breitenwirkung im Bestand gelegt werden statt auf die Förderung einzelner kostspieliger Leuchtturmprojekte.

Eine stärkere Verlässlichkeit bei der Gesetzgebung für mehr Planungs- und Investitionssicherheit erhöhe die Akzeptanz bei den Investoren. Dies gelte ausdrücklich auch für EU-Richtlinien, die in den Mitgliedstaaten umzusetzen sind.

Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland ist ein Zusammenschluss aus den Verbänden BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA. Mit der BID sind die wichtigsten Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft unter ein Dach getreten, um mit gebündelten Kräften gemeinsame inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.